„Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Volksfreund Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmann
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1825-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 2391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten Stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
Für's Ausland:	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „zu verkaufen, „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Jugend und Verbrechen

Jugendliche Millionärssöhne als Mörder

In den beiden letzten Ausgaben des „Courier" haben wir mit ganz bestimmter Absicht sehr ausführlich über die Entführung und Ermordung des 14 jährigen Robert Franks durch zwei Millionärssöhne in Chicago berichtet. Diese zwei Burschen waren bei Tag Musterstudenten und des Nachts blutdürstige Bestien. Nicht genug mit der grausigen Mordtat an dem jungen Franks scheinen die sauberen Früchtchen auch noch andere Freveltaten auf dem Gewissen zu haben.

Norman Ream, der junge Taxiablenker, an dem zwei junge Burschen eine unnennbare Operation zur Ausführung brachten, hat, wie die Polizei erklärt, Loeb und Leopold im Bureau des Distriktsanwalts als seine Angreifer identifiziert, worauf er ohnmächtig wurde. Schon vorher hatte er Bilder der beiden jungen Menschen in den Zeitungen erkannt und beim Anblick des Bildes Leopolds erklärt: „Das war der, welcher die Bandage zurecht machte."

Ein zweiter unerklärlicher Ueberfall, der mit Mord endete und dessen Schauplatz das Millionärsviertel war, in dem Loeb und Leopold lebten, wird jetzt mit ihnen in Verbindung gebracht — die Ermordung von Freeman Louis Tracy, der an der Universität studiert hatte und hochbezahlter Elektrizitäts-Ingenieur war. Seine Leiche war aus einem davonjausenden Automobil in der Nähe des Universitätsgebäudes, dicht neben dem Campus, hinausgeschleudert worden. Man fand, daß er durch den Kopf geschossen worden war. Tracy, der einen Stelzfuß hatte, war mit Freunden am 24. November bis Mitternacht bei einem Tanzvergnügen gewesen und war bald darauf als Leiche aufgefunden worden. Dr. Joseph Springer, Arzt des Coroners Amtes, erklärte, die Kugel, welche Tracy tötete, passe in den Revolver hinein, den man in Leopolds Zimmer gefunden habe. Dieser Mord ging der Verstümmelung Reams nur um fünf Tage voraus. Hilfs-Staatsanwalt Savage untersucht die beiden Verbrechen in Verbindung mit dem Franks-Mord.

Gleichzeitig erinnert man sich jetzt, daß der 21 Jahre alte Melvin E. Wolf, der das Haus seines reichen Großvaters Henry Lindenthal im April ohne Hut und Rock verließ, um einen Brief in den Postkasten zu werfen, und später ertrunken im See gefunden wurde, Leopold und Loeb gekannt hat. Man hielt es nachträglich für auffällig, daß Wolfs Leiche nackt aus dem See gezogen wurde, wie es die Leiche des Schulknaben Franks war, als sie in den Abzugsgraben des Bahngeländesumpfes, in dem sie versteckt bleiben sollte, hineingeschoben wurde. Man kam auf die Vermutung, daß vielleicht auch Wolf in ein Automobil hineingelockt und in den See hineingeworfen sein werden mag, während man bisher diesen Fall als Selbstmord angesehen hatte.

Vielleicht macht man noch einige Schandtaten ausfindig, die den beiden jungen Verbrechern an die Rockschöße zu hängen sind. Doch sie genügen bereits, um ein grelles Schlaglicht auf die Verwahrlosung der Jugend diesseits und jenseits der internationalen Linie zu werfen.

Zwei Hauptursachen scheinen für diese traurigen Zustände verantwortlich zu sein. Einmal ist hierzulande das Lesen von Schundschriften unter den Erwachsenen und unter der Jugend ein weitverbreitetes Uebel. Die schlimmen Wirkungen von Mord- und Abenteuergeschichten sind namentlich bei den Jugendlichen geradezu verheerend. Statistisch ist festgestellt, daß mindestens 65% aller Verbrechen, die im Jugendalter begangen werden, auf schlechte Lektüre zurückzuführen sind. Daraus ergibt sich für die Eltern die unabweisbare Pflicht, sittenlose und sonstige verderblich wirkende Zeitungen und Bücher aus dem Hause fernzuhalten. Solche Schriften sind Gift, wirkliches Gift für das heranwachsende Geschlecht.

Die zweite Ursache ist in der mangelhaften elterlichen Autorität und in der allzu milden Erziehung zu erblicken. Viele von uns haben wohl in ihren jungen Jahren von Vater und Mutter kräftige Hiebe erhalten, wenn immer es nötig war. Kein Policeman und keine weichherzige Seele durfte sich in das elterliche Züchtigungsrecht einmischen. Fragen wir uns, ob diese Erziehungsmethode uns zum Segen war, so müssen wir eingestehen, daß wir daraus dauernden Nutzen für unsere ganze Zukunft gezogen haben. Das Bibelwort: „Spare deine Rute, die Züchtigung nicht! Schlägst du es mit der Rute, so wird es nicht davon sterben und du wirst seine Seele von der Hölle erretten" — dieses Gotteswort gilt für alle Erzieher. Nun sind aber die modernen Menschen gekommen, die gerne alles auf den Kopf stellen und haben uns eine neue Lehre von humaner Erziehung mit reiner Güte und Liebe verkündet. „Das Kind nicht schlagen," sagen diese weisen Männer und Frauen, „sondern ihm durch freundliches Zureden den Weg zum Guten zeigen." Wir sind gewiß gegen grausame und unmenschliche Züchtigungsarten, aber ein kräftiger Hieb zur rechten Zeit stiftet mehr Nutzen als Verweichlichung und Schonung. Gefühlsduselei ist eine Versündigung am Kinde. Glaubt jemand, daß die Herren Millionärssöhne von Chicago auf solche entsetzliche Abwege geraten wären, wenn hinter ihnen eine starke elterliche Autorität gestanden hätte, die ihr Tun und Treiben, ihre Lektüre und ihren Umgang überwachte?

Nun tauchen in der amerikanischen Jugendmordaffäre schon wieder die Herren Professoren auf, die zu den Millionären in nahen Beziehungen stehen, und schwätzen von „moralischem Schwachsinn" und ähnlichen Phrasen, die nur die Richter milde stimmen sollen. Doch gerade hier wäre eine Gelegenheit, zu zeigen, daß auch auf dem amerikanischen Kontinent die strenge und unerbittliche Gerechtigkeit noch nicht ganz ausgestorben ist. Ob Millionärssohn oder Arbeitersohn, ist gleichgültig. Wenn in diesem Falle die amerikanische Justiz versagt, darf man sich in den Ver. Staaten über ein weiteres Anwachsen des Verbrechertums und des mit ihm gleichbedeutenden Bolschewismus nicht wundern.

Der Mordanschlag auf den österreichischen Kanzler

Dr. Ignatz Seipel, der österreichische Bundeskanzler, wurde, wie wir in der letzten Couriernummer berichtet haben, als er von einem Bahnzuge abstieg, niedergeschossen und schwer verwundet. Die Tat wurde von einem Passagier, Karl Jaworek, der auf dem Zuge mitfuhr, verübt. Die Kugel drang in eine der Lungen des Kanzlers ein. Der Verwundete behielt das Bewußtsein und wurde sofort nach einem Hospital in der Nähe transportiert, wo die Aerzte nach stattgehabter Untersuchung der Schußwunde der Hoffnung Ausdruck gaben, den Kanzler am Leben erhalten zu können. Der Attentäter, ein noch junger Mann, unternahm, als er verhaftet wurde, einen Selbstmordversuch, wobei er schwere Wunden davontrug. Man hofft, daß Bundeskanzler Dr. Seipel sich auf dem guten Wege der Besserung befindet. Der letzte Bericht der behandelnden Aerzte besagt, daß kein Blutergutz stattgefunden habe; sie betrachten das als ein günstiges Zeichen, da sich eine Kugel in der Lunge befindet. Die Aerzte erklären, der Kanzler sei ein ausgezeichneter Patient und übe sehr starke Selbstkontrolle. Nach einer Untersuchung entschieden sie, daß er auf seine Zuckerkrankheit hin behandelt werden solle, bevor ein Versuch gemacht werde, die Kugel zu entfernen. Er wird durch seinen eigenen Arzt mit Insulin behandelt werden.

Das Attentat auf Bundeskanzler Dr. Seipel, dem allgemein die größte Sympathie entgegengebracht wird, bildet das Tagesgespräch. Der verhaftete Täter ist der Spinnerei-Arbeiter Karl Jaworek aus Pottenstein. Bei ihm fand die Polizei einen an seine Gattin gerichteten Brief. In ihm gesteht er eine Veruntreuung in der Spinnerei ein, in der er gearbeitet hatte. Er erklärt dann weiter, daß er die Absicht habe, Selbstmord zu begehen, doch werde er einen Andern mitnehmen, dem die Arbeiter ihr Elend zu verdanken hätten. Bei der Vernehmung ergaben sich Widersprüche in den Angaben des Verhafteten. Die Polizei vermutet, daß es sich um ein bereits seit langem vorbereitetes Attentat handelt, in das auch andere Personen verwickelt sind. Jaworek selbst ist Sozialist, nach anderen Angaben Kommunist. Die Polizei nahm Jaworek in ein äußerst scharfes Verhör. Der Attentäter erklärte: „Ich bin unschuldig; ich handelte auf Befehl." Als man ihn fragte, von welcher Stelle ihm die Befehle erteilt seien, soll er erwidert haben: „Sie können mich töten, wenn Sie wollen; aber ich werde nichts sagen."

* * *

Ignaz Seipel ist am 19. Juli 1875 in Wien geboren. Er widmete sich dem theologischen Studium, wurde katholischer Weltpriester in Wien, Doktor der Theologie und Universitätsprofessor. Früh schon schloß er sich der Christlich-sozialen Partei an, zu deren Führer er emporstieg. Im Kabinett Heinrich Lammasch, des letzten Ministerpräsidenten im alten Oesterreich, war Dr. Seipel Minister für soziale Fürsorge. In der Republik wurde er Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung und des Nationalrats. Am 31. Mai 1922 wurde er als Nachfolger Johann Schobers zum Bundeskanzler der Republik Oesterreich gewählt. Er trat an die Spitze einer aus christlich-sozialen und großdeutschen Parlamentariern zusammengesetzten Regierung; für der Minister des Aeußern ist Beamter. Angesichts des drohenden wirtschaftlichen und damit auch politischen Zusammenbruchs nahm Oesterreich sein Schicksal in die eigene Hand. Der Bundeskanzler trat mit den benachbarten Staaten in Verbindung zwecks Lösung der österreichischen Frage. Die Wirkung dieses Schrittes war, daß der Kanzler aufgefordert wurde, vor dem Völkerbunde in Genf die Sache Oesterreichs zu vertreten, und daß die Verhandlungen wegen einer ausgiebigen Kredithilfe in Fluß kamen. Das Ergebnis war der Abschluß des sogenannten Genfer Uebereinkommens vom 4. Oktober 1922 zwischen England, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei einerseits und Oesterreichs andererseits. Dieses Uebereinkommen hat dann zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Oesterreichs in der heutigen Form geführt. Mit großem Geschick hat es Dr. Seipel verstanden, den Widerstand namentlich der Sozialisten im eigenen Parlament gegen das Wiederaufbauwerk zu brechen.

Der nächste Krieg ein Vernichtungs-Krieg

Deutscher General dringt auf allgemeine Abrüstung

General Berthold von Deimling, der hervorragende deutsche Heerführer im Weltkriege, gibt in einem Zeitungsartikel ein trübes Bild von den Schrecknissen des nächsten Krieges. Er befürwortet allgemeine Abrüstung aller großen Nationen als das einzige Mittel, um zu verhüten, daß Europa abermals der Schauplatz eines Krieges wird, in welchem Deutschland das Schlachtfeld sein würde und das Schicksal, welches Belgien und Nordfrankreich während des Großen Krieges traf, erleiden würde.

„Der nächste Krieg, wird mehr auf dem Hinterland als auf den Frontlinien geführt werden," sagt der General. „In Amerika ist ein Gas entdeckt worden, welches große Städte binnen wenigen Minuten zerstören kann, wenn es von Flugzeugen in Bomben abgeworfen wird. Der nächste Krieg wird nicht mit einem Friedensvertrag enden, sondern mit völliger Vernichtung der geschlagenen Nation."

Nach Ueberzeugung General Deimlings besteht die einzige Sicherheit in einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen, entsprechend Artikel 8 der Völkerliga-Statuten. Er dringt darauf, daß Deutschland der Völkerliga als offizielles Mitglied beitreten und die friedliche Politik der britischen Arbeiter-Regierung unterstützen müßte.

Aufstände in Albanien

Nach Depeschen, die aus Valona, Albanien, eingetroffen sind, hat die albanische Regierung resigniert und in ganz Albanien wurde das Standrecht proklamiert.

In Scutari, Albanien, ist ein blutig verlaufender Aufstand ausgebrochen. Die Anhänger der bestehenden albanischen Regierung und die Gendarmen wurden von ungefähr 1000 bewaffneten Insurgenten angegriffen und Sonntag früh war die halbe Stadt Scutari im Besitz der Aufrührer. Die Rebellen sollen über Streitkräfte von 1700 Mann verfügen und sollen auch vier Geschütze und acht Maschinengewehre besitzen, während die Regierungstruppen nur 700 Mann stark und ungenügend bewaffnet sein sollen. Das Bombardement auf die Präfektur in Scutari begann nach serbischen Quellen Samstag Abend und dauerte den ganzen Sonntag an. In der Präfektur befinden sich 300 Gendarmen. Von anderer Seite wird berichtet, daß die Regierungstruppen und die Rebellen große Verluste erlitten haben. Auch soll der Befehlshaber der Gendarmerie gefallen sein.

Ein weiterer Zusammenstoß zwischen den Rebellen und den Regierungstruppen wird bald erwartet. Den Rebellen sollen sich insgesamt 6000 nationalistische Albanier angeschlossen haben, die gut ausgerüstet sein sollen. Amet Zogu, dem von den albanischen Nationalisten vorgeworfen wird, daß er nach der Diktatur strebe, hat das Kommando über die Regierungstruppen übernommen. Die Rebellen sollen erklärt haben, daß sie bereit seien, ihr Leben in die Schanze zu schlagen, um Tirana in ihre Gewalt zu bekommen.

Die Griechen und Jugoslawen haben ihre Truppen an der albanischen Grenze verstärkt. Eine jugoslawische Division soll in der Nähe von Scutari und eine griechische bei Florina konzentriert sein.

Weltumschau

Deutschland.

Das Ministerium Marx, welches am 26. Mai zurücktrat, jedoch die laufenden Geschäfte weiterführte, ist jetzt wiederum im Amt. Präsident Ebert ernannte Wilhelm Marx gestern Abend wieder zum Kanzler und bestätigte die Mitglieder seines Ministeriums auf ihren Posten. In der Zwischenzeit seit dem Rücktritt ergab sich die Unmöglichkeit, zur Bildung eines neuen Ministeriums eine Parteikombination zu erlangen. Das Ergebnis ist ein neues Bündnis der deutschen Volkspartei mit dem Zentrum und den Demokraten, wodurch das Ministerium von Marx und Stresemann wieder ans Ruder gelangen konnte. Der Beendigung der parlamentarischen Krise gingen bekanntlich Versuche auf neue Verhandlungen mit den Deutschnationalen voraus. Die politischen Ziele der Deutschnationalen, wie sie eine Erklärung vom Nachmittag schilderte, überzeugten jedoch Kanzler Marx und seine Mitarbeiter, daß weitere Verhandlungen mit der Partei von Hergt die Mittelparteien in eine unwürdige Lage drängen würden. Der Kanzler kündigte darauf an, er wolle das ausgeschiedene Ministerium wieder ins Amt bringen oder auf den ihm vom Präsident Ebert erteilten Auftrag verzichten. Die Volkspartei suchte dagegen noch immer eine Verständigung mit den Deutschnationalen herbeizuführen, welchen sie politisch näher steht als die andern Gruppen des Blocks der Mittelparteien. Erst nach einer langen Parteiversammlung wurde der Entschluß gefaßt, sich den früheren Genossen wieder anzuschließen. Das neugebildete Ministerium einigte sich auf eine Erklärung, welche dem Reichstag vorgelegt wurde.

Die Erklärung von Kanzler Marx im Reichstag befaßte sich ausschließlich mit den auswärtigen Beziehungen des Reiches. Der Kanzler bezeichnete den Dawes Bericht als den ausschlaggebenden Punkt bei Deutschlands auswärtigen Beziehungen. Er wiederholte, daß das Ministerium die Empfehlungen der Fachmänner als Grundlage für die bevorstehenden Entschädigungsverhandlungen annimmt. Wenn die Bestimmungen des Dawes Berichts sich einmal der Ausführung nähern, bemerkte Marx, so müsse auch die Lage im Innern sich der allgemeinen Bewegung zu wirtschaftlichem Wiederaufbau entschließen. Bei Erläuterung der Regierungspolitik sagte er, Deutschlands Wirtschaftsleben sei in einem elenden, wenn nicht verzweifelten Zustand, ohne Besserung der Geldlage drohe ein vollständiger Zusammenbruch. Der Kanzler stellte die nötigen Vorlagen in Aussicht, nachdem die an dem Bericht arbeitenden Kommissionen zu einer Vereinbarung gelangt sind. Die Regierung werde alles tun, um den Bericht zu verwirklichen. Solche Vorlagen seien aber nur durchführbar, wenn auch die andern Parteien den Bericht als Gesamtheit annehmen. Ueberdies müsse es sicher sein, daß auch die andere Seite alle Maßnahmen trifft, um Deutschlands Fähigkeit zur Erfüllung der Bedingungen wiederherzustellen. Das deutsche Volk könne die riesigen, von ihm verlangten Opfer nur tragen, wenn alle Deutschen ungestört ihrer Arbeit nachzugehen vermögen. Der Kanzler forderte den Reichstag und das deutsche Volk auf, Deutschlands langsame Genesung nicht zu zerstören. Alles hänge von den nächsten Wochen ab. Ausländische Länder, erklärte Marx, müssen sehen, daß das deutsche Volk den ihm angebotenen Pfad der Freiheit zu wandeln wünscht. Sie müssen aber auch beweisen, daß sie zu einer ehrenhaften Verständigung gewillt sind. Es ist Deutschlands letzte Gelegenheit zur Rettung. Das Rheinland und unsere unterdrückten Volksgenossen in der Ruhr ersehnen eine schleunige Rettung.

Diese Erklärung wurde von den Mittelparteien, welche die Regierungskoalition bilden und von den Sozialisten gebilligt.

Abgeordneter Scholz von der Deutschen Volkspartei sagte, rasche Annahme des Dawes Berichts sei notwendig zur Erlangung von ausländischem Kredit. Während der Debatte über die Politik der neuen Regierung gab er im Reichstag im Namen der Demokraten, des Zentrums und der Volkspartei die Erklärung ab. Wenn der Bericht nicht angenommen würde, bemerkte Scholz, so werde dies fast sicher zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen.

Die deutschen Finanzkreise sind über die augenblickliche Lage des Geldmarktes sehr besorgt, da die ausländischen Ankäufe von deutschen Aktien und Bonds nahezu aufgehört haben. Das Vorurteil gegen die deutschen Wertpapiere scheint von Zürich ausgegangen zu sein, wo infolge des Zusammenbruchs der Beckerschen Stahlwerke große Verluste verzeichnet wurden. Auch die Nachfrage nach ausländischer Valuta seitens einheimischer Firmen hat stark nachgelassen, was darin seinen Grund hat, daß deutsche Fabrikanten sehr wenig Rohmaterial importieren und ihre Vorräte loszuschlagen trachten. Die Reichsbank, welche früher nur höchstens 10% und oft bloß 2% der angeforderten ausländischen Gelder ausfolgen konnte, kann jetzt alle Ansuchen bis zu 50% und mehr ihrer Ansprüche befriedigen. Viele Firmen in Berlin veranstalten Gelegenheitsverkäufe, um Bargeld zu erhalten. Es wurden in der letzten Zeit zahlreiche Versuche gemacht, ausländisches Kapital an der Anlage in deutschen Industrien zu interessieren, aber die Ausländer sind sehr zurückhaltend, selbst wenn die beste Sicherstellung angeboten wird, da sie einsehen, daß abgesehen von der Rentenbank auch die Alliierten unter den Bestimmungen des Dawes-Planes Vorrechtsansprüche besitzen werden. Die Deutschen Werke haben jetzt 1400 Arbeiter entlassen und die Direktion erklärt, daß nur rasche Beilegung der innerpolitischen Wirren und die ungesäumte Annahme des Dawes-Planes eine neue Wirtschaftskrise abwenden kann.

Trotz der Erklärung der Zechenbesitzer, daß der Schiedsspruch im Kohlenstreik unannehmbar sei, und obwohl nur die Christlichen Gewerkschaften ihn angenommen haben, während die sozialistischen Organisationen dagegen sind, entschied das Reichsarbeitsministerium, daß der Schiedsspruch bindend für beide Parteien sei. Das bedeutet das Ende des Konflikts, vorausgesetzt, daß Arbeitgeber und -nehmer sich dem Spruch beugen, was inzwischen tatsächlich eingetreten ist. Wohl predigen die Syndikalisten immer noch eine Fortsetzung des Streiks. Viele gemäßigte Verbände haben indessen einen Aufruf an ihre Mitglieder erlassen, den kommunistischen Wahnsinn zurückzuweisen und die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.

In München kam es anläßlich einer Feier des bayerischen Kriegerbundes zu einer gewaltigen Kundgebung. Dieser beging sein fünfzigjähriges Jubiläum. Aus allen Teilen des Landes waren Angehörige der alten bayrischen Armee herbeigeströmt. Nicht weniger als 30,000 Teilnehmer waren anwesend. Diese begaben sich in einem gewaltigen Zuge zu dem Wohnsitz des Kronprinzen Rupprecht von Bayern, der die bayerischen Truppen im Weltkriege befehligt hatte. Als der Kronprinz mit seiner Gattin auf dem Balkon erschien, erreichte die Begeisterung ihren Höhepunkt; aus tausenden von Kehlen erklang der Ruf: „Es lebe der König und die Königin;" Aber das Thronfolgerpaar verließ sofort den Balkon; in taktvoller Weise brachten beide so zum Ausdruck, daß ihnen derartige Kundgebungen im gegenwärtigen Augenblicke unwillkommen seien. Die Menge stimmte darauf das Deutschlandlied an. Erst darauf erschien Rupprecht wieder auf dem Balkon, um die Nationalhymne mitzusingen.

Leutnant Walter Ankermann, der schuldig gesprochen wurde, an dem Attentat gegen den bekannten jüdischen Schriftsteller Maximilian Harden am 3. Juli v. J. beteiligt gewesen zu sein, ist zu sechsjähriger Gefängnisstrafe verurteilt worden. Harden-Witkowski, der aufgefordert worden war, zur Verhandlung als Zeuge zu erscheinen, übersandte aus der Schweiz, wo er sich zur Zeit aufhält, dem Obmann der Geschworenen einen Brief, in welchem er ablehnt, vor Gericht zu erscheinen. Er erklärt in dem Brief, „daß er in das Gericht kein Vertrauen habe, da es in Deutschland keine Gerechtigkeit gebe."

Frankreich.

Die politische Lage in Frankreich scheint einer endgültigen Klärung entgegenzugehen. Poincare ist gestürzt. Der sozialistische Parteitag hat sich einmütig hinter Herriot gestellt. Nun gilt es nur noch, den Präsidenten Millerand zu beseitigen, gegen den sich der konzentrierte Angriff der Linken heute richtet. Die Senatoren der sozialistischen und der radikalen, sozialistischen Gruppe nahmen mit 122 gegen 5 Stimmen die gleiche gegen Millerand gerichtete Entschließung an, welche von ihren Parteigenossen bereits passiert worden war. In dieser Entschließung wird der Rücktritt Millerands vom Präsidentenamt gefordert, dem zur Last gelegt wird, er habe persönliche Politik betrieben und offen den Nationalen Block begünstigt, welcher in der letzten Wahl unterlegen sei.

John D. Rockefeller, Jr., hat dem französisch-amerikanischen Komitee, unter dessen Aufsicht der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs steht, $1,000,000 für die Ausbesserung des Daches der Kathedrale von Reims und der Verschönerung der Springbrunnen und der Gärten von Versailles und Fontainebleau zur Verfügung gestellt. Da die französische Regierung für diese Zwecke nur etwa drei Millionen Franks zur Verfügung gestellt hat, so ist diese Gabe, die in Frank umgerechnet $18,500,000 beträgt, eine höchst willkommene. In seinem Briefe an Poincare schreibt Rockefeller, er sei zu dieser Gabe bewogen worden, weil die Schätze, die Frankreich zu verwahren habe, gleichsam ein Erbteil für alle Länder der Welt seien, weil diese aus deren allgemeinen Kunst Inspiration erlangten.

Ungarn.

Die Fundierung der ungarischen Schuld an die Vereinigten Staaten im Betrage von $1,939,000 ist vollendet worden. Der ungarische Minister lieferte an den amerikanischen Schatzamts-Sekretär Mellon 62 jährige Bonds der Regierung Ungarns an Stelle der Sicht-Schuldscheine, die im Jahre 1925 fällig sein werden.

Rumänien.

Die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung in Rumänien dehnen sich nicht nur in ganz Siebenbürgen fortwährend aus, sondern machen sich auch im Banat, in der Bukowina und anderen Landesteilen bemerklich. In der Stadt Lugosch wurde die Synagoge während dem Gebete umzingelt und zerstört. Der Zionisten-Ausschuß, welcher jüdische Selbstverteidigungsmannschaften organisierte, wurde verhaftet und wird in der Stadt Grajoma kriegsgerichtlich prozessiert werden. In der Stadt Radautz wurden die jüdischen Kaufleute, welche sich für den wöchentlichen Markttag versammelt hatten, angegriffen und mißhandelt. In verschiedenen anderen Ortschaften wurden die Läden von Juden in Brand gesteckt und zerstört. In der Stadt Temesvar wurden 18 Juden schwer verwundet.

Die extremen rumänischen Nationalisten, die sich nach dem Erfolge des Faschismus in Italien in ähnlicher Weise organisierten, leisten der Bukarester Regierung Hilfe in der Bedrückung und Verfolgung der im Gebiete des jetzigen Groß-Rumäniens lebenden völkischen Minderheiten gute Dienste, bringen sie aber dabei oft auch durch ihr rücksichtsloses Vorgehen in Verlegenheit. So haben in der letzten Zeit die rumänischen Faschisten eine Kampagne gegen die Kleine Entente, besonders aber gegen Südslawien eingeleitet, die immer größeren Umfang annimmt. Den Tschechen und Serben wird von den rumänischen Faschisten offen vorgeworfen, daß jene aus dem Bündnisse mit Rumänien den einzigen Vorteil ziehen und die Serben werden beschuldigt, daß sie die rumänischen nationalen Interessen auf rumänischem Boden schädigen. In amtlichen Kreisen verlautet nun, daß die Regierung, um Verwicklungen vorzubeugen, sich entschlossen hat, diesem Kampf gegen die Kleine Entente energisch ein Ende zu machen. Sie scheint aber mit diesem Vorhaben wenig erfolgreich zu sein, denn kürzlich brachte die hiesige Faschistenzeitung „Fascismul" abermals einen von Angriffen auf die Nachbarn Rumäniens strotzenden Artikel, in dem nicht nur die Politik der Kleinen Entente scharf verurteilt, sondern auch die rumänische Regierung aufgefordert wurde, das Bündnis zu lösen. Der Ministerrat verfügte die Konfiskation der Ausgabe, die übrigens längst im Lande verbreitet war, und dem Blatt wurde das Erscheinen für einige Tage verboten. Diese Strafe hat auf die Herausgeber des Blattes offenbar keinen großen Eindruck gemacht, denn als die Zeitung wieder erscheinen durfte, enthielt sie abermals einen Artikel, der gegen Serbien und die Kleine Entente aufhetzte. Es heißt darin, unter anderm:

„Wir befürchten, daß im Banat und in Mazedonien die rumänische Seele die auf ihre Vernichtung gerichteten Maßnahmen nicht wird überleben können. Die Kinder der in Serbien lebenden Rumänen werden vom fünften Jahre an in slawische Schulen getrieben und es wird ihnen untersagt, eine andere als die serbische Sprache im Umgang zu gebrauchen. Alle rumänischen Kirchen und Schulen sind geschlossen worden. Die Rumänen werden von den serbischen Kolonisten hart bedrängt und gequält; ohne daß die serbische Regierung sich veranlaßt fühlt, einzugreifen, vielmehr wird diese Behandlung der Rumänen von Belgrad aus insgeheim ermutigt. Das Gleiche ist auch in Griechenland der Fall. Auch dort wird die rumänische Bevölkerung entnationalisiert und die Griechen schrecken, um dieses Ziel zu erreichen, nicht einmal vor einem Morde zurück. Die Gebiete in Mazedonien und an dem Pind sind wieder mit rumänischem Blut gefärbt. Anstatt die Mächte, die eine solche schmähliche Behandlung der Rumänen in ihren Gebieten dulden, als Alliierte zu bezeichnen, wäre es wahrhaftig für Rumänien vorteilhafter, wenn es die Kleine Entente zum Teufel schicken würde."

Rußland.

Der Kongreß der kommunistischen Partei endete mit der Wahl eines neuen Zentralkomitees, das von 40 auf 50 Mitglieder vergrößert wurde. Die meisten alten Führer der Partei, wie Kamenew, Sinowjew, Rykow, Kalinin und Bucharin, wurden wiedergewählt. Unter den neuen Mitgliedern ist besonders Leonid Krassin hervorzuheben, der, seitdem die Bolschewisten zur Herrschaft gelangten, noch keinem Zentral-Exekutivkomitee angehört hatte. Viel besprochen wird in Parteikreisen die Wiederwahl des Kriegskommissars Trotzky in das Zentralkomitee, da er während des Kongresses Gegenstand heftiger Angriffe war. Trotzky hat in seiner Ansprache alle persönlichen Angriffe vermieden und bloß darauf aufmerksam gemacht, daß die Parteimitgliedschaft mit den Parteimethoden unzufrieden sei. Niemand wünsche jedoch gegen die Partei zu sein. So wie die Nationalisten mit dem Motto „Mein Vaterland, recht oder unrecht, mein Vaterland", die Treue dem Lande halten, so müssen die Kommunisten sich mit dem Motto „Meine Partei, ob recht oder unrecht," zum Kommunismus bekennen. „Niemand von uns wünscht gegen die Partei zu sein," sagte er. Die Partei hat in ihren allgemeinen Zielen recht. Es wäre ein Leichtes, vorzutreten und zu erklären, daß man mit seiner äußeren Kritik an der Partei im Irrtum war, doch sage ich dies nicht, weil ich weiß, daß niemand völlig recht haben kann mit seiner Opposition gegen die Partei. Im Recht kann man nur mit der Partei und durch die Partei sein. Ich erkenne meine Pflicht zur gegenwärtigen Zeit als disziplinierte Mitglied der Partei und ich bin bereit, alle meine Irrtümer einzugestehen, aber niemand hat ein Recht, von diesen Irrtümern zu sagen, sie seien direkt oder indirekt gegen die Parteieinheit und Parteidisziplin gerichtet. Wie die einzelnen Mitglieder, mag auch die Partei als ein Ganzes Irrtümer begehen, doch können selbst irrtümliche Parteibeschlüsse unsere Hingebung zu den Grundsätzen des Kommunismus nicht ins Wanken bringen. Wir müssen stets sagen: „Recht oder Unrecht, dies ist die Entscheidung unserer Partei, und wir müssen die Folgen bis zu Ende tragen." Eine Mehrheit der Delegaten schien jedoch auf Seiten der Opposition gegen Trotzky zu stehen. Die Führer der alten Garde beschuldigten ihn, die vorjährige Kontroverse wieder eröffnet zu haben und verlangten, daß er seinen Irrtum offen zugebe. Kamenew erklärte, Trotzky versuche anstatt einer Reform eine Revolution innerhalb der Partei durchzuführen. Andere machten Trotzky den Vorwurf, daß er alles getan habe, um die zwischen ihm und der Parteimehrheit entstandenen Meinungsverschiedenheiten zu vergrößern. Frau Krupskaja, die Witwe Lenins, mahnte zum Frieden und meinte, daß Trotzkys Gelübde der Treue genügen sollte. Auf Antrag Sinowjews war vor der Wahl des Zentralkomitees eine Resolution angenommen worden, in welcher die Taktik des Zentral-Exekutivkomitees vorbehaltslos gutgeheißen und diesem angeraten wird, die strengsten Maßregeln gegen den geringsten Versuch von Gruppen- und Faktionenbildungen zu ergreifen.

Laut aus Moskau eingelaufenen Depeschen grassiert in Rußland eine Malaria-Epidemie. Nach den vorhandenen Statistiken sollen 6 Millionen Personen an dieser Krankheit darniederliegen. Die Zahl der Kranken nimmt stets zu. Es herrscht ein großer Mangel an Chinin, da bei dem Ausbruche der Epidemie nur 120,000 Pfund im Lande vorhanden waren. Die Malaria ist von tropischer Art und tritt dort auf, wo sie vorher nie bekannt war.

Türkei.

Der Rat der Kommissare hielt in Angora eine sechsstündige Sitzung ab, in welcher die erwachsene schwierige Lage zwischen Italien und der Türkei eingehend besprochen wurde. Der türkische Vertreter in Rom ist instruiert worden, eine Erklärung über die angebliche Truppenkonzentration auf Sizilien und über andere militärische Betätigungen Italiens zu verlangen, zugleich haben die türkischen Militärbehörden in Smyrna Weisung erhalten, alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Der türkischen Presse zufolge ist die türkische Regierung durch die Erklärung des italienischen Geschäftsträgers, die wenigen italienischen Soldaten, welche auf Rhodus gelandet, hätten nur den Jahrestag der Annektierung des Dodekanes gefeiert, durchaus nicht zufriedengestellt.

Die Meldung von Angora, daß italienische Truppen auf der Insel Rhodos an der Südwestküste von Kleinasien gelandet seien, wird von amtlichen Kreisen in Rom als grundlos bezeichnet. Die türkische und die griechische Presse verbreite derartige Meldungen, um Verdacht gegen Italiens Absichten im nahen Osten zu erregen. Auch die anderen Nachrichten, daß italienische Truppen nach Valona, Albanien, unterwegs seien, und daß die italienische Regierung starke Truppenmassen in Sizilien für eine Expedition nach dem nahen Osten zusammenziehe, werden in Abrede gestellt. Von verantwortlicher Seite wird erklärt, Italien plane keine derartigen Schritte und wünsche keine Störung des Friedens im südlichen Europa, doch sei es bereit, seine eigenen Interessen, falls sie gefährdet werden sollten, zu schützen.

Vereinigte Staaten.

Zwei Resolutionen, deren Zweck war, die amerikanische Regierung zu veranlassen, Geld für die Unterstützung Deutschlands zu bewilligen, wurden in dem Komitee des Senats für Auswärtige Beziehungen abgelehnt. Die eine dieser Maßnahmen war die Fish-Resolution, in der die Bewilligung von $10,000,000 für die Ernährung der deutschen Kinder gefordert, und die bereits vom Repräsentantenhaus angenommen worden war. Die andere ist die Howell-Resolution, in der für denselben Zweck die Bewilligung von $25,000,000 gefordert wurde. Das Komitee hat außerdem offiziell erklärt, daß es im Allgemeinen gegen die Politik sei, Deutschland ein Regierungs-Darlehen zu gewähren.

Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,
Der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Seinen beharrt, der bildet die Welt sich. Goethe.